

PRESSEMITTEILUNG

5. November 2010

Jugendhilfeausschuss muss Zuständigkeit für SAE-Mittelvergabe behalten Einstimmiger Beschluss der Bezirksversammlung Wandsbek

Der Hamburger Senat plant, die Mittelvergabe für die Jugendhilfe-Projekte der Sozialräumlichen Angebotsentwicklung (SAE-Projekte) in sogenannte Neue Hilfen umzuwandeln und zu zentralisieren. Bisher war es gängige Praxis, dass die Jugendhilfeausschüsse, in denen Vertreterinnen und Vertreter der Parteien und von Trägern der Jugendhilfe mitarbeiten, die Vergabe und Steuerung der Projekte organisiert haben. Anja Quast, Fachsprecherin Jugendhilfe, dazu: „Der Jugendhilfeausschuss hat über Jahre ein Vergabeverfahren für die Projekte der sozialräumlichen Angebotsentwicklung ausgearbeitet, das auch von der Fachbehörde für seine Professionalität gelobt wurde. Die kommunalen Akteure der Jugendhilfe fühlen sich durch diese Senatsentscheidung übergangen und sehen die Organisation einer dezentralen Hilfestruktur in Gefahr.“

Vor dem Hintergrund, dass in diesem Prozess ehrenamtliche Vertreterinnen und Vertreter von Trägern und Fraktionen einen erheblichen Arbeitsaufwand geleistet haben, ist das Vorgehen der Fachbehörde nicht nachzuvollziehen. Anja Quast weiter: „Ein derartiger Umgang mit Ehrenamtlichen ist ungebührlich und trägt zur allgemeinen Politikverdrossenheit bei.“

Ziel der Zentralisierung der Hilfen ist es, die ständig steigenden Ausgaben für die Hilfen zur Erziehung, zu begrenzen. Durch die angestrebte Steuerung durch die Fachbehörde will der Senat eine effektivere Hilfelandschaft erreichen.

Die Fachleute vor Ort bezweifeln jedoch, dass eine Zentralisierung der Vergabe diesen gewünschten Effekt haben wird, da in der Fachbehörde keine ausreichenden Kenntnisse über die Bedingungen vor Ort in den Stadtteilen vorliegen. So hat die Fachbehörde nach eigenen Angaben keine Kenntnis über einzelne SAE-Projekte, sondern verfügt lediglich über bezirksweise aggregierte Daten (vgl. Kleine Anfrage Drucksache Nr. 19/7600 Carola Veit und Thomas Böwer „SAE-Projekte und „Neue Hilfen“ hier: Planungen des Senates und Beteiligung der bezirklichen Jugendhilfeausschüsse“).

Die Zentralisierung der Vergabe und Steuerung eines Teils der Jugendhilfeprojekte in den Neuen Hilfen würde auch bedeuten, dass die Jugendhilfeplanung nicht mehr als Ganzes im Bezirk läge, sondern in Zukunft die Offene Kinder- und Jugendarbeit in den Bezirken, die Neuen Hilfen jedoch zentral von der Fachbehörde gesteuert würden. Dieses würde einer gewünschten Vernetzung der unterschiedlichen Hilfen und Hilfesysteme eher entgegenwirken.

Die Bezirksversammlung Wandsbek hat deshalb gestern einstimmig einen Beschluss gefasst, der sich gegen dieses Ansinnen des Senates ausspricht. Anja Quast weiter: „Jugendhilfeplanung ist nach dem SGB VIII und dem dazugehörigen Hamburger Ausführungsgesetz originäre Aufgabe der Jugendhilfeausschüsse. Der geplante Eingriff bewegt sich auf rechtlich sehr dünnem Eis und ist fachlich kontraproduktiv.“